

DEM ERDBODEN GLEICH

ZWANGSRÄUMUNGEN
IN KAMBODSCHA

WOHNEN. IN WÜRDE.

AMNESTY
INTERNATIONAL



IMPRESSUM

© Amnesty International,
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
August 2009
V.i.S.d.P. Markus N. Beeko
Redaktion: Verena Harpe, Annette Hartmetz,
Birgit Stegmayer
Gestaltung: Rüdiger Fandler, Berlin
Druck: Humburg, Berlin
Art.Nr. 22109

Titelfoto:
Zwangsräumung in Phnom Penh, Januar 2009
© www.nicolasaxelrod.com



RECHTSWIDRIGE ZWANGSRÄUMUNGEN IN PHNOM PENH

Die Polizei geht bei einer Zwangsräumung gewaltsam gegen Betroffene vor, Januar 2009 © Peter Harris – Fotojournalism.net

Zehntausende Menschen haben in den vergangenen Jahren ihr Zuhause im Zentrum der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh verloren. Im Namen der Stadtentwicklung vertrieben die Behörden Familien mit Gewalt aus ihren informellen Siedlungen, um Platz für innerstädtische Bauprojekte zu schaffen.

Die meisten Betroffenen landen ohne Entschädigung auf Brachflächen weit außerhalb der Stadt und werden damit noch weiter in die Armut getrieben. **Nach Schätzungen sind mindestens weitere 50.000 Menschen in Phnom Penh von Zwangsräumungen bedroht.**

„EIN SCHANDFLECK FÜR UNSERE SCHÖNE STADT“

Kep Chuktema, Gouverneur von Phnom Penh

SAMBOK CHAB WIRD ZWANGSRÄUMT

6. Juni 2006 im Zentrum von Phnom Penh: In den frühen Morgenstunden riegeln Sicherheitskräfte die am Fluss Bassac gelegene informelle Siedlung Sambok Chab ab. 1.500 Familien leben hier zum Teil seit Anfang der 1990er Jahre. Mehr als 600 schwer bewaffnete Polizisten und Abrissarbeiter beginnen mit der Zwangsräumung des Slums.

UN-Beobachter und Journalisten werden abgedrängt, ihre Bilder und Tonaufnahmen gelöscht. **Vor den Augen der verzweifelten Bewohner machen Bagger und Planierraupen jedes Haus und jede Hütte dem Erdboden gleich.** Viele verlieren in dem Chaos ihre persönliche Habe.

„Einen Schandfleck für unsere schöne Stadt“ hat der Gouverneur von Phnom Penh die Siedlung Sambok Chab zuvor im Gespräch mit Journalisten genannt. Zum Schicksal der vielen tausend Menschen, die durch die Räumung ihr Zuhause verlieren, äußert er sich nicht. Eine Immobilienfirma wolle auf dem Land ein großes Bauprojekt realisieren, erklären die Behörden. Die Firma habe bereits in den 1990er Jahren das Recht an dem Land erworben und wolle das Gelände nun nutzen. Doch

den vermeintlichen Besitztitel legen weder das Unternehmen noch die Behörden den betroffenen Familien jemals vor. Der Anspruch auf das Land ist von keinem Gericht anerkannt, obwohl dies in Kambodscha gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Anwohner erfahren weder etwas über die Bauvorhaben, die nicht öffentlich gemacht werden, noch über die geplante Räumung des Geländes. Bis heute ist der Großteil der Fläche ungenutzt.

Während einige Bewohner von Sambok Chab – vor allem jene, die dort Häuser besaßen – eine alternative Unterkunft in einem Viertel am Stadtrand von Phnom Penh erhalten, wird die überwältigende Mehrheit zunächst obdachlos. Ohne sie über das Ziel der Fahrt zu informieren, werden viele von ihnen auf Lastwagen nach New Andong gebracht, das 20 Kilometer entfernt liegt und ihr neues Zuhause werden soll.

UMGESIEDELT AUF DAS BRACHLAND VON NEW ANDONG

Als die Familien in New Andong ankommen, finden sie dort nichts als ein aufgeweichtes Feld vor, ohne Unterkünfte oder Zugangsstraßen, ohne Kanalisation, sauberes Trinkwasser, Strom, Schulen, Krankenstationen



New Andong, Juni 2006 © Licadho

oder Geschäfte. Sie bekommen jeweils eine kleine Fläche Land zugewiesen. Aus Trümmern von abgerissenen Hütten und mit Zeltplanen bauen sie sich notdürftige Behausungen auf dem Gelände, das bei Regen regelmäßig überflutet.

New Andong liegt weit entfernt von der Innenstadt, wo die Menschen bisher ihren Lebensunterhalt verdient haben – als Straßenverkäufer, Müllsammler oder Tagelöhner. Durch

die Zwangsräumung verlieren die meisten mit einem Schlag ihre Existenzgrundlage, denn New Andong hat keine Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel. Die Fahrt mit einem Mopedtaxi in die Stadt kostet aber mehr als die meisten an einem Tag verdienen.

Da Wohnraum im Zentrum von Phnom Penh für die Familien unerschwinglich ist, bleiben viele in New Andong. Manche können sich über Wasser halten, indem sie bei Bauern

**MIT TRÄNENGAS, SCHLAGSTÖCKEN UND WASSERSCHLÄUCHEN
GEHT DIE POLIZEI GEGEN DIE BEWOHNER VOR.**







Nach der rechtswidrigen Zwangsräumung. Frau mit Kind in Sihanoukville, Februar 2008 © Amnesty International

oder auf Baustellen in der Nähe als Tagelöhner anheuern. Andere schicken einzelne Familienmitglieder zum Leben und Arbeiten zurück in die Stadt, während sich die übrigen in New Andong um die Kinder kümmern.

Der Gesundheitszustand der meisten Bewohner – besonders der Kinder – ist schlecht, berichten Nichtregierungsorganisationen, die die Menschen in New Andong unterstützen.

Es gibt **viele Fälle von Unterernährung, Hautkrankheiten, Durchfall und Denguefieber**. Ein Arzt, der die Menschen regelmäßig besucht, erzählt, dass im ersten Jahr mindestens drei Kinder an Denguefieber starben und eines an Unterernährung. Heute gibt es in New Andong noch immer keine Grundversorgung für

die Bewohner. Sie leben sozial ausgegrenzt und in größerer Armut als zuvor.

IMMER IN ANGST VOR DER NÄCHSTEN ZWANGSRÄUMUNG

Auch an ihrem neuen Wohnort New Andong sind die Bewohner bisher nicht davor geschützt, wieder vertrieben zu werden. Sie haben noch immer keinen offiziellen Nachweis erhalten, der ihnen sicheres Wohnrecht garantiert, obwohl die Behörden dies vor der Umsiedlung offenbar versprochen hatten. Ohne einen solchen Nachweis fürchten sie, früher oder später erneut vertrieben zu werden, da die Grundstückspreise in und um Phnom Penh weiter steigen. Einige Menschen haben New Andong in der Zwischen-

„Damals war die Situation so außer Kontrolle, dass ich einfach das getan habe, was sie von mir verlangt haben. Sie haben mir gesagt, dass sie mir eine Arbeit suchen und ein Stück Land geben werden. Sie würden Fabriken, Krankenhäuser, Schulen und so weiter bauen. Doch als ich dort ankam, war da nichts. Der Boden war überflutet, und ich verlor alle Hoffnung.“

Eine vertriebene junge Mutter gegenüber Amnesty International

zeit wieder verlassen. Besonders **HIV-Infizierte können nicht so weit außerhalb der Stadt und abgeschnitten von Ärzten und Medikamenten leben.** Auch einige Straßenverkäufer und ihre Familien waren gezwungen, wieder in die Stadt zurückzugehen, weil sie keine andere Arbeit finden konnten. Viele leben jetzt unter Plastikplanen auf den Straßen von Phnom Penh in der Nähe ihres früheren Wohnorts. Auch dort droht ihnen jederzeit die Zwangsräumung.

KEINE ENTSCHÄDIGUNG – KEINE GRUNDVERSORGUNG

Sambok Chab ist nur ein Beispiel von vielen. Die Zahl der Landstreitigkeiten, der illegalen Landnahmen und der rechtswidrigen Zwangsräumungen ist in Kambodscha in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. **Seit 2003 sind nach Schätzungen allein in Phnom Penh mehr als 30.000 Menschen gewaltsam und rechtswidrig aus ihren Häusern vertrieben worden.**

Die Grundstückpreise in der Hauptstadt sind in die Höhe geschossen, attraktive Bauplätze zu Spekulationsobjekten geworden. Rechtswidrige Zwangsräumungen treffen hier meistens arme Menschen, die in informellen Siedlungen und

Slums leben. Nach kambodschanischem Landgesetz hätten nicht wenige, die schon viele Jahre am selben Ort leben, durchaus die Möglichkeit, einen Landtitel zu erhalten. Doch in der Praxis verwehren Behörden und Gerichte den Armen dieses Recht. Da die Betroffenen meist keine Entschädigungen für den Verlust ihrer Unterkünfte erhalten, können sie auf den Flächen, auf die sie umgesiedelt werden, keine festen Häuser bauen, sondern leben in notdürftigen, provisorischen Unterkünften.

Für viele Menschen in den Armenvierteln von Phnom Penh, denen die Zwangsräumung droht, sind die von den Behörden vorgeschlagenen Alternativen schlicht inakzeptabel: Die Abfindung reicht nicht aus, um den Familien einen vergleichbaren Wohnstandard zu ermöglichen, und die Bedingungen in den angebotenen Umsiedlungsgebieten sind – wie in New Andong – katastrophal.

KEIN MITSPRACHERECHT

Sowohl die 1.500 Familien in Sambok Chab als auch die unzähligen anderen Menschen, die anderswo aus ihren Häusern vertrieben

„Nach dem Wochenende waren die Hütten plötzlich verschwunden. Und wo bleiben jetzt die Menschen, ihre Läden, die Garküchen auf der Straße, ihre Lebensgrundlage?“

Monika Lüke, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland

Den Menschenrechten verpflichtet?

Als Vertragsstaat des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) sowie weiterer internationaler Menschenrechtsabkommen, die rechtswidrige Zwangsräumungen und damit einhergehende Menschenrechtsverletzungen verbieten, ist Kambodscha verpflichtet, die in diesen Abkommen gewährleisteten Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu sichern. Darunter fällt auch das Recht auf angemessenes Wohnen (Artikel 11 Sozialpakt). Allein im Jahr 2008 erfuhr Amnesty International von 27 Zwangsräumungen in Kambodscha, von denen nach Schätzungen 23.000 Menschen betroffen waren. Es liegen Berichte über weitere 22 Zwangsräumungen vor, über die jedoch so wenig bekannt ist, dass nicht geklärt werden konnte, ob sie korrekt durchgeführt wurden. In ländlichen Gegenden, wo es ebenfalls vermehrt zu Zwangsräumungen kommt, werden diese oft nicht zur Anzeige gebracht.

Amnesty International und mehrere Nichtregierungsorganisationen vor Ort gingen Anfang 2008 davon aus, dass mindestens 150.000 Personen in Kambodscha von Zwangsräumung bedroht sind. Rund ein Drittel dieser Menschen lebt in Phnom Penh. Die Behörden streiten ab, dass in Kambodscha jemals illegale Zwangsräumungen stattgefunden haben.

wurden oder denen die Zwangsräumung droht, sind von den Entscheidungen der Stadtplanungsbehörden ausgeschlossen. Niemand hat sie ernsthaft angehört oder mit ihnen gemeinsam nach Lösungen gesucht, um das Gelände mit besserer Infrastruktur auszustatten anstatt sie umzusiedeln, oder aber im Fall einer Umsiedlung über ihre Bedürfnisse zu sprechen. **Dadurch werden die Menschen in den Slums noch stärker marginalisiert, noch tiefer in die Armut gedrängt.** Dieser Kreislauf kann nur durchbrochen werden, wenn die Betroffenen ein Mitspracherecht haben.

DAS ERBE DER ROTEN KHMER

Massenhafte gewaltsame Landvertreibungen und Umsiedlungen sind kein neues Phänomen in Kambodscha. Unter der Schreckensherrschaft der Roten Khmer (1975-79) wurde die Stadtbevölkerung gezwungen, aufs Land zu gehen, um dort auf den Feldern zu arbeiten. Die Städte waren praktisch menschenleer. Privateigentum war verboten und wurde in kollektiven Besitz umgewandelt. Die Machthaber zerstörten das gesamte Katasterwesen. In den 1980er Jahren siedelten sich nach und nach Menschen aus ländlichen Gebieten in Phnom



Überflutungen durch Bauvorhaben zwingen Bewohner, die Region am Boeung Kak-See in Phnom Penh zu verlassen.
Oktober 2008 © www.nicolasaxelrod.com



Bagger reißen bei einer Zwangsräumung in Phnom Penh alles nieder, Januar 2009 © www.nicolasaxelrod.com

Penh an, die meisten früheren Stadtbewohner hatten die Rote Khmer-Zeit nicht überlebt. Obwohl es zu dieser Zeit keine Rechte auf Privatbesitz gab, weitete sich die informelle Inbesitznahme von Grundstücken und Häusern aus. 1989 führte die kambodschanische Regierung das Recht auf Privateigentum wieder ein und schrieb es in der Verfassung fest. Nach dieser ideologischen Wende begannen wirtschaftliche und politische Reformen und auch der Wettbewerb um Land und natürliche Ressourcen. Da Grundstücke in Phnom Penh unerschwinglich wurden, schossen in der Hauptstadt die Slums aus dem Boden. Gleichzeitig vergaben die Behörden in oft undurchsichtiger Weise Konzessionen und Landtitel an Privatfirmen und ausländische Unternehmen. Das bedeutet, dass die Eigentumsverhältnisse in Kambodscha in sehr vielen Fällen noch ungeklärt sind, ein Katasterwesen befindet sich mit ausländischer Hilfe im Aufbau.

PHNOM PENH HEUTE

Die aktuellen illegalen Massenzwangsräumungen werden von der Stadtverwaltung damit begründet, dass man die Infrastruktur verbessern müsse, zusätzlichen Raum für öffentliche Gebäude benötige, Projekte zur „Stadtverschönerung“ umsetze u.ä. Die Menschen in den informellen Siedlungen hätten kein Recht, auf ihrem Land wohnen zu bleiben, da sie keine entsprechenden Besitztitel nachweisen könnten.

Das ist oft jedoch nicht richtig. Viele der Familien leben schon so lange auf diesem Land, dass sie nach dem kambodschanischen Landgesetz von 2001 das Recht hätten, sich als Eigentümer eintragen zu lassen. Dies wird ihnen jedoch meist verweigert bzw. entsprechende Verfahren werden verzögert. Wenn die Familien Beweisdokumente vorlegen können, werden diese von den Behörden meist ignoriert.

Was ist eine rechtswidrige Zwangsräumung?

Internationale Normen beschreiben eine rechtswidrige Zwangsräumung als eine gegen den Willen der Betroffenen stattfindende Vertreibung aus ihren Wohnungen oder von ihrem Land, ohne dass ein geeigneter rechtlicher oder anderer Schutz vorhanden ist.

Das bedeutet: Kein Mensch darf ohne weiteres aus seinem Haus, seiner Wohnung oder von seinem Land vertrieben werden. Eine Zwangsräumung ist nur unter strengen rechtlichen Auflagen zulässig, und niemand darf dadurch der Obdachlosigkeit preisgegeben werden. Als Ersatz muss ein angemessener Wohnraum gestellt werden, in dem menschenwürdiges Wohnen und Leben möglich ist. Trotzdem werden immer mehr Menschen aus

ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben, oft mit brutaler Gewalt. Die Betroffenen werden vorher vielfach nicht darüber informiert und von der unangekündigten Zerstörung ihres Wohnraums überrascht. Somit haben sie im Vorfeld keine Möglichkeit, sich mit rechtlichen Mitteln dagegen zu wehren. Der Schutz vor einer rechtswidrigen Zwangsräumung gilt auch für Slumbewohner, obwohl sie oft keine Mietverträge oder formellen Rechte an dem Land haben, auf dem sie wohnen. Auch ihre Wohnungen und Hütten sind Unterkünfte, die geschützt werden müssen und die der Staat nicht einfach zerstören darf.

Eine rechtswidrige Zwangsräumung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, oft werden dabei auch andere Menschenrechte verletzt wie das Recht auf Eigentum oder das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Diejenigen, die sich gegen illegale Zwangsräumungen wehren, müssen mit Drohungen, Repressalien und sogar Inhaftierung rechnen. 2008 wurden mehr als 150 Menschen festgenommen, die sich für das Recht auf Wohnen eingesetzt hatten.

Journalisten, die über rechtswidrige Zwangsräumungen berichtet haben, erhalten immer wieder Morddrohungen. Mitglieder und Unterstützer lokaler Nichtregierungsorganisationen werden mit Klagen bedroht, da sie mit den von Umsiedlungen betroffenen Gemeinden zusammenarbeiten. Die Bewohner werden systematisch eingeschüchtert und schikaniert, damit sie sich nicht weiter organisieren. **Hunderte von Menschen versuchen immer wieder, mit Demonstrationen und Protesten ihr Zuhause zu schützen.** Viele dieser friedlichen Versammlungen wurden von staatlichen Sicherheitskräften aufgelöst.

AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT DIE KAMBODSCHANISCHE REGIERUNG AUF,

- sofort alle rechtswidrigen Zwangsräumungen zu stoppen.
- sicherzustellen, dass die Opfer von rechtswidrigen Zwangsräumungen effektiven Zugang zu Rechtsmitteln und eine angemessene Entschädigung in Form von Geldzahlungen oder Ersatzwohnraum erhalten.
- die Grundversorgung von Menschen, die in informellen Siedlungen und Slums leben, zu gewährleisten, z.B. Zugang zu sauberem Wasser, sanitären Anlagen, Gesundheitsversorgung und Bildung.
- Slumbewohner an allen Entscheidungen zu beteiligen, die ihre Lebens- und Wohnsituation betreffen, und ihnen dabei den Rechtsschutz zu gewähren, auf den sie nach internationalen Standards ein Anrecht haben.



Familien suchen in den Trümmern ihrer abgerissenen Häuser in Dey Krahorm nach Habseligkeiten, Januar 2009 © www.nicolasaxelrod.com

MIT MENSCHENRECHTEN GEGEN ARMUT

Menschen in Armut sind besonders oft von Menschenrechtsverletzungen betroffen. Wer nicht lesen und schreiben kann, kennt seine Rechte nicht gut genug und ist staatlicher Willkür ausgesetzt. Wer ständig schikaniert wird, fühlt sich ohnmächtig. Wer nie gefragt wird, verliert seine Stimme. Gerade Menschen in Armut sind darauf angewiesen, dass der Staat ihre Rechte respektiert. Menschenwürdige Lebensbedingungen, medizinische Versorgung, Zugang zu Bildung – Rechte, die viele Staaten ihren Bürgerinnen und Bürgern verweigern.

Wo Regierungen sich der Verantwortung entziehen, herrscht ein Kreislauf aus Armut und Menschenrechtsverletzungen, der schwer zu durchbrechen ist: Armut ist in vielen Fällen eine Folge von Menschenrechtsverletzungen und wird durch Menschenrechtsverletzungen verfestigt.

In der Kampagne „Mit Menschenrechten gegen Armut“ dokumentiert Amnesty International schwere Menschenrechtsverletzungen an Menschen in Armut. Dazu gehören menschenunwürdige Wohnbedingungen und rechtswidrige Zwangsräumungen, Müttersterblichkeit nach vermeidbaren Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt, aber auch die gesundheitsgefährdende Verseuchung der Umwelt durch Unternehmen.

Amnesty International wendet sich an die verantwortlichen Regierungen und Unternehmen, protestiert gegen das Unrecht, fordert konkrete Verbesserungen und gibt Menschen in Armut eine Stimme: Mit Menschenrechten gegen Armut. Und mit Ihrem Einsatz.

www.amnesty.de/armut

WOHNEN. IN WÜRDE.

Rechtswidrige Zwangsräumungen sind ein schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte: Menschen verlieren binnen Stunden ihr Zuhause, Hütten und Häuser werden dem Erdboden gleichgemacht – ohne Begründung, ohne Alternativen, ohne Rechtsgrundlage. Die spärliche Lebensgrundlage von Menschen in Armut wird mit einem Handstreich vernichtet.

Sie wollen nicht tatenlos zusehen? Dann beteiligen Sie sich an unserem Aktionsnetz STOPPT ZWANGSRÄUMUNGEN. Sie erhalten aktuelle Eilaktionen und weitere Aktionsaufrufe und können sich konkret und schnell für Menschen, die von einer Zwangsräumung bedroht sind, einsetzen.

www.amnesty.de/wohnen

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. · 53108 Bonn
T: +49 228 98373-0 · F: +49 228 630036 · E: info@amnesty.de · W: www.amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden.

Die Stärke der Organisation liegt im freiwilligen Engagement von weltweit mehr als 2,7 Millionen Mitgliedern und Unterstützern unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Altersgruppen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein.

Auch Sie können sich engagieren:
www.amnesty.de/mitmachen

Amnesty International finanziert sich aus Spenden und Beiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

**Bitte unterstützen Sie uns deshalb
mit Ihrer Spende:
Spendenkonto 80 90 100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00**

Insbesondere arbeitet Amnesty

- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täter/innen
- gegen Folter, Todesstrafe, politischen Mord und das »Verschwindenlassen« von Menschen
- für die Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Überzeugung inhaftiert sind
- für den Schutz und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger/innen
- für den Schutz der Rechte von Flüchtlingen
- für den Schutz der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten und für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- gegen Rassismus und Diskriminierung
- für den besonderen Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte

AMNESTY INTERNATIONAL

